



# Bieler **Grossrat** fordert Stipendien statt Sozialhilfe

Jérôme Léchot

Vorläufig aufgenommene Menschen mit Ausweis F stehen vor vielen administrativen Hürden. Der Bieler **Grossrat** Karim Said (SP) will eine davon ausräumen.

Viele Menschen mit einem abgewiesenen Asylgesuch können dennoch in der Schweiz bleiben, weil ihre Wegweisung nicht möglich oder unzumutbar ist. Sie werden vorläufig aufgenommen und erhalten den sogenannten Ausweis F. Rund 90 Prozent von ihnen bleiben gemäss Zahlen des Staatssekretariats für Migration dann für lange Zeit in der Schweiz.

Diese Menschen seien «oft mit Integrationsschwierigkeiten konfrontiert», wie der Bieler **Grossrat** Karim Said (SP) in einer Motion schreibt. Unter anderem dürfen Menschen mit einem Ausweis F im **Kanton Bern** kein Stipendium oder Darlehen für eine Ausbildung beantragen. Und genau das will Said mit seiner

Motion ändern.

Nach seinen Berechnungen leben im **Kanton Bern** rund 6500 vorläufig Aufgenommene. Auch wenn einige das Alter für Stipendien von 35 Jahren überschritten hätten, «gibt es andere, junge Menschen, die über die Kompetenzen und das nötige Sprachniveau für eine Berufs- oder Hochschulausbildung verfügen», schreibt Said. Für diese sei die Finanzierung einer Ausbildung eines von vielen «grossen Hindernissen», um sich zu integrieren «und einen Beitrag an den Schweizer Arbeitsmarkt zu leisten».

Said hat mit den Mitunterzeichnenden Samantha Dunning (SP, Biel), Philippe Meserli (EVP, Nidau) sowie Sancar

Hasim (Grüne, **Bern**) und Karin Berger-Sturm (SP, Grenchen) den **Berner Regierungsrat** aufgefordert, den entsprechenden Artikel im Ausbildungsgesetz zu ändern.

In seiner Antwort auf Suids Motion hält der **Regierungsrat** nun fest, dass besonders viele junge Menschen ohne Ausbildung Sozialhilfe bezögen und so schnell nicht wieder von ihr loskämen: «Hier besteht ein langfristiges Armutsrisiko, da diese Menschen oftmals im Niedriglohnsektor oder arbeitslos verbleiben», so die Antwort. Mit Verweis auf das Ziel der schweizerischen Bildungspolitik, dass möglichst viele 25-Jährige über einen Abschluss auf Sekundarstufe II

verfügen, also eine Matura oder eine Berufslehre, sei eine «nachhaltige Bildung einer möglichst raschen Erwerbstätigkeit» vorzuziehen.

In den Genuss solcher Stipendien dürften gemäss **Regierungsrat** rund 300 Personen kommen, was in jährlichen Kosten von drei Millionen Franken münden würde. Allerdings könnten dabei Sozialhilfebeiträge schon während der Ausbildung ganz oder teilweise abgelöst werden.

In der Summe dieser Überlegungen sei «der **Regierungsrat** bereit, die Motion anzunehmen». Im Juni kommt sie während der Sommersession vor den **Grossen Rat**.



**Grossrat** Karim Said (links, SP) fordert Stipendien für Menschen mit Ausweis F.

Bild: Peter Samuel Jaggi/a